



## Straßenausbaubeiträge — wie geht's weiter?

SPD hält weiterhin an den Forderungen der verabschiedeten Resolution fest

**ROTENBURG.** Straßenausbaubeiträge haben in vielen Kommunen in Hessen zu heftigen kontroversen Diskussionen geführt. Mittlerweile gibt es zahlreiche Bürgerinitiativen, die einmütig ein straßenbeitragsfreies Hessen fordern. Aktuelles Thema ist es natürlich auch bei den politischen Parteien: der Landtagswahlkampf lässt grüßen.

Die Rotenburger Kommunalpolitik beschäftigt sich mit dieser Problematik seit einiger Zeit. Dabei haben sich die Rotenburger Kommunalpolitiker zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen verpflichtet. Da Rotenburg eine Schutzschirmkommune ist, wurde sich um eine praktikable und sozialverträgliche Lösung bemüht. Dazu informierten Experten, eine Bürgerversammlung fand statt. Im November vergangenen Jahres wurde die an der neuesten Rechtsprechung angepasste Straßenbeitragsatzung einstimmig beschlossen. Die Stadtverordneten einigten sich auf das Prinzip der Einzelveranlagung, die aber eine noch von dem Magistrat zu erarbeitende, besondere Sozialkomponente enthalten sollte. Vor dem Hintergrund der anstehenden 'grundhaften' Straßensanierungen in Rotenburg für 2018 bildete sich auch in Rotenburg eine Bürgerinitiative, die die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge fordert. Diese Proteste und die Diskussionen führten Anfang des Jahres dazu, dass das Rotenburger Stadtparlament seinen Beschluss vom November für

2017 aufhob, um auf Grundlage der zu erwartenden Entscheidung der Landesregierung neu zu entscheiden.

### Resolution zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge

Darüber hinaus wurde durch die Stadtverordnetenversammlung auf Initiative der SPD-Fraktion einstimmig eine Resolution verabschiedet, in der es um eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge geht. Zahlreiche Lösungsvorschläge der verschiedenen Parteien wurden diskutiert. Die schwarzgrüne Landesregierung will zusammen mit der hessischen FDP ein 5-Punkte-Maßnahmenpaket umsetzen, das unter anderem folgendes zum Inhalt hat:

- „aus Soll wird Kann“: die Kommune entscheidet selbst, ob sie Straßenausbaubeiträge erhebt
- auch defizitäre Kommunen sind frei in der Finanzierung
- Ratenzahlung für Anwohner bis 20 Jahre bei niedrigen Zinsen
- einmalig 20.000 Euro pro Abrechnungsgebiet bei wiederkehrenden Straßenbeiträgen - jedoch kein funktionaler Zusammenhang: Auch komplette Ortsteile können Abrechnungsgebiet sein.

### Wie wird das Maßnahmenpaket der schwarzgrünen Landesregierung bewertet?

Die Bürgerinitiative „Straßenbeitragsfreies Hessen“ hat

dieses Programm analysiert und kommt zu dem Ergebnis, dass es völlig ungeeignet ist. Denn die gegenwärtige Situation wird festgeschrieben. Zudem sei die Finanzierung nicht gesichert. Es sei ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für Kommunalberater und Juristen und beinhaltet teilweise schon bestehende Regelungen.



Hinzu kommt, dass die Rechtsprechung zur Hessischen Gemeindeordnung bezüglich der haushaltswirtschaftlichen Grundsätze ignoriert wird. Die Linke fordert die Abschaffung der Anliegerbeiträge und dass der Ausbau von Verkehrsanlagen durch den Landeshaushalt bezahlt werden soll. Rechtlich ist das nicht zu beanstanden, wenn entsprechende Änderungen in der Hessischen Gemeindeordnungen und im Kommunalabgabengesetz vorgenommen werden. Allerdings stellt sich die Frage, welche „Überraschungen“ auf die Kommunen zukommen, um die Finanzierung sicherzustellen. Die Freien Wähler verweisen darauf, die entsprechenden Mittel für den Straßenausbau in den

Haushalten des Landes vorzusehen, da es sich um Daseinsvorsorge handelt.

Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag hat daraufhin einen Gesetzentwurf vorgelegt, der den Anliegern die Beiträge für den Straßenbau ganz erspart. Für die Sanierung oder den Neubau von kommunalen

Straßen sollen nach der hessischen SPD nicht mehr die hessischen Bürger privat bezahlen müssen. Die Finanzierung der wegfallenden Beiträge soll nach dem Willen der SPD überwiegend aus Steuermehreinnahmen kommen. Diese Zuweisungen sollen deutlich über den 39 Millionen Euro jährlich liegen, die den hessischen Gemeinden derzeit aus Straßenausbaubeiträgen zufließen. Die entsprechenden Mittel könnten nach einem Verteilerschlüssel auf die hessischen Kommunen verteilt werden.

Fazit: Abgesehen von dem gemeinsamen Vorschlag der schwarzgrünen Landesregierung und der FDP scheinen alle anderen Vorschläge machbar und vor allem rechtlich möglich.

Allerdings zeigen die Erfahrungen der bisherigen Landesprogramme, dass es auf das „Kleingedruckte“ ankommt und die Kommunen - und damit die Bürgerinnen und Bürger - zum Schluss nicht wieder die „Dummen“ sind. Denn es könnte eine verdeckte Finanzierung durch Mittelkürzungen an anderer Stelle erfolgen.

### Wie steht die SPD in Rotenburg zur aktuellen Debatte?

Die Rotenburger Sozialdemokraten meinen: Wer nur das Gesetz ändert, ohne die Finanzierung mit anzupacken, verschiebt lediglich die Probleme. Eine „Kann-Regelung“ verlagert die Diskussionen und den Druck wieder in die Kommunen. Das führt dazu, dass reiche Kommunen darauf verzichten könnten, während finanziell ärmere Kommunen ihre Bürgerinnen und Bürger weiterbelasten müssten. „Diese ungleichen Verhältnisse, die wir schon von den Kita-Gebühren kennen, wollen und müssen wir vermeiden“, erklärt Stadtrat Klaus Troch. Zwischenzeitlich hat die schwarzgrüne

Regierungskoalition ihre Mehrheit dazu genutzt, ohne weitere Aussprache ihren Entwurf durchzuboxen. Der nun verabschiedete Entwurf löst das Problem nicht, schreibt Ungerechtigkeiten fest und ist nicht plausibel, so die zahlreichen Bürgerinitiativen für ein straßenbeitragsfreies Hessen. Die Forderung der vollständigen Abschaffung der Straßenausbaubeiträge - verbunden mit einem finanziellen Ausgleich durch das Land - bleibt für die SPD auch nach der Resolution im Rotenburger Stadtparlament bestehen. „Die SPD wird sich weiterhin auf kommunal- und auf landespolitischer Ebene dafür stark machen, dass die Straßenausbaubeiträge abgeschafft werden“, betont Fraktionsvorsitzender Sebastian Münscher dem Rotenburger Kurier. (KIT)

### KOMMENTAR

Klaus Troch zu den Straßenausbaubeiträgen:



„Straßenausbaubeiträge lösen gegenwärtig in ganz Hessen kontroverse Diskussionen aus, führen zu Gründung von Bürgerinitiativen und „befeuern“ den Landtagswahlkampf. Der Artikel gibt einen Überblick über die verschiedenen Lösungsvorschläge der einzelnen Parteien, bewertet sie und beschreibt die aktuelle Position SPD-Stadterordnetenfraktion.“





## SPD-Fraktion informiert sich über das HKZ und das Kreiskrankenhaus in Rotenburg

ROTENBURG. Über die strategische Neuausrichtung und das medizinische Konzept des Herz- und Kreislaufzentrums (HKZ) und die Sanierung des Kreiskrankenhauses in Rotenburg informierte sich kürzlich die Rotenburger SPD-Fraktion sowie die SPD-Landtagskandidatin Karina Fissmann. Die Geschäftsführer Martin Ködding (Klinikum Hersfeld-Rotenburg) und Frank Alemany (Kreiskrankenhaus Rotenburg) freuten sich über das Interesse der Kommunalpolitiker und stellten ihr Konzept und den aktuellen Stand der Krankenhäuser den Fraktionsmitgliedern vor.



### Das HKZ für die Zukunft gut aufgestellt

„Das Klinikum Hersfeld-Rotenburg ist mit 3100 Beschäftigten einer der größten Arbeitgeber und gehört zu den zehn größten Gesundheitseinrichtungen Hessens. Für die Region wird mit einer hohen Ausbildungsquote und der Integration von Beschäftigten mit Handicap auch eine 'kommunalpolitische Rendite' erwirtschaftet“, erklärt Ködding. „Mit mehr als 70 Millionen Euro investiert das Klinikum Hersfeld-Rotenburg in seine Zukunftsfähigkeit“.

Man sei nun auf dem Weg, grundlegende Strukturen zu ordnen, um zukunftsfähig zu bleiben, ergänzt der medizinische Direktor des Klinikums Hersfeld-Rotenburg, Dr. Tobias Hermann. Damit einher gehe auch der Umzug der Psychiatrie aus den beengten und nicht mehr zeitgemäßen Räumen in Bad Hersfeld in

das Bettenhaus 2 am HKZ in Rotenburg. „Dort hat die Psychiatrie mehr Raum und die Patienten können in drei Stationen zukünftig nach ihren individuellen Krankheitsbildern, wie etwa Sucht oder Demenz, getrennt versorgt werden“, sagt Ködding.

Auch die Orthopädische Klinik im Kurpark in Bad Hersfeld soll in etwa vier Jahren mit 40 Betten in der Rodenberg-Klinik am HKZ untergebracht werden. Am Klinikum Bad Hersfeld müsste sich die Orthopädie die Infrastruktur mit der Notfallmedizin teilen. Das verringere die Planbarkeit

der Eingriffe und damit auch den Komfort für die Patienten. In der Rodenberg-Klinik habe die Orthopädie ein eigenes Gebäude, sei jedoch mit dem HKZ durch eine Brücke mit allen medizinischen Einrichtungen verbunden. Begleiterkrankungen und immer älter werdende Patienten erfordern die direkte Anbindung an die Bildgebung und an eine „Intermediate Care“ - eine Intensivstation, die am 1. Februar in Betrieb genommen wurde. „Die Voraussetzungen in Rotenburg sind ideal“, erläuterte Hermann.

Durch die Umstrukturierung sichere man ein rehabilitierendes, ein ambulantes sowie ein stationäres Angebot in der Region. „Die Einbindung in den akademischen Lehrbetrieb der Universitäten Gießen und Marburg steigert die überregionale Bedeutung des Klinikums und des HKZ und verstärkt die Attraktivität des Standortes für junge Ärztin-

nen und Ärzte und sichert dadurch den Nachwuchs und die Qualität der Ausbildung“, sagt der Geschäftsführer.

„Das Herz- und Kreislaufzentrum ist nach der Übernahme durch das Klinikum gut aufgestellt und durch die strategische Neuausrichtung auch für die Zukunft gut gerüstet“, resümiert der SPD-Fraktionsvorsitzende Sebastian Münscher nach dem Besuch seiner Fraktion im HKZ. Die Geschäftsführung des großen Arbeitgebers in Rotenburg möchte alle 800 Arbeitsplätze erhalten“, würdigt Münscher. „Es ist immer wieder gut, sich vor Ort einen Überblick verschaffen zu können und auszutauschen“, so der Fraktionschef. Für die regionale Gesundheitsversorgung sei das HKZ als ein wesentlicher Bestandteil nicht mehr wegzudenken, ergänzt die SPD Landtagskandidatin Karina Fissmann.



### Kreiskrankenhaus in Rotenburg „Kooperation mit Schwerpunktbiologie“

„Das Gesundheitszentrum der Diakonie im Kreiskrankenhaus Rotenburg ist ein Akutkrankenhaus mit 186 Betten für Grund- und Regelversorgung mit den Abteilungen Chirurgie, Innere Medizin sowie Gynäkologie. Das Angebot wird durch die

Zusammenarbeit mit dem Medizinischen Versorgungszentrum und einer radiologischen Fachpraxis ergänzt“, erklärt Geschäftsführer



Alemany. „Daneben stehen ein ambulanter Pflegedienst durch das Pflegezentrum für Diakonie und die Servicegesellschaft für Diakonie zur Verfügung. Weiterhin ist dem Krankenhaus eine Krankenpflegeschule und eine Altenpflegeschule mit rund 40 Ausbildungsplätzen angegliedert. Seit Beginn 2015 sind wir akademisches Lehrkrankenhaus der Philipps-Universität Marburg. Für den Lehrbetrieb ermächtigt sind

Die Sozialdemokraten informierten sich des Weiteren über die Baumaßnahmen des B-Flügels. Drei Pflegestationen sind Anfang des Jahres

eröffnet worden. Die anderen Pflegestationen werden voraussichtlich im Juni wieder zur Verfügung stehen. „Die Kosten der Sanierung betragen etwa sechs Millionen Euro, von denen 3,8 Millionen Euro vom Land Hessen gefördert werden“, erklärte der Geschäftsführer der Servicegesellschaft für Diakonie, Andreas Maus.

Im Anschluss besichtigten die Sozialdemokraten die sanierten Pflegestationen des B-Flügels. Die Pflegestationen im B-Flügel sind mit modernen Zwei-Bett-Zimmern ausgestattet.

„Das Kreiskrankenhaus mit 420 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Voll- und Teilzeit ist ein wichtiger Arbeitgeber in Rotenburg und für die Menschen in unserer Region eine

Anlaufstelle, bei der sie sich in schwierigen gesundheitlichen Situationen, bei Krankheit und Eingriffen hinwenden können. Diese müssen wir uns erhalten“, fasst SPD-Fraktionsvorsitzender Sebastian Münscher zusammen. Die Landtagskandidatin Karina Fissmann wird sich auf Landesebene dafür einsetzen, dass kleine Krankenhäuser im ländlichen Raum bessere unterstützt werden.

### „Beide Krankenhäuser müssen erhalten bleiben!“

Sehr positiv bewertet die SPD-Fraktion die Kooperation mit dem Klinikum Hersfeld-Rotenburg, bei dem es ein sinnvolles medizinisches Konzept gibt. Nach Ansicht der Rotenburger SPD muss das Ziel und unsere Aufgabe sein, beide Häuser, das Kreiskrankenhaus sowie das Herz und Kreislaufzentrum, für die Menschen vor Ort am Standort Rotenburg langfristig aufrechtzuerhalten. (SbM)

#### KOMMENTAR

Sebastian Münscher zur Krankenhauserhaltung in Rotenburg:



„Die demografische Entwicklung verändert die Gesundheitswirtschaft in vielfältiger Art und Weise: Sie schafft eine Veränderung der Nachfrage. Sie greift weiterhin die Finanzierungsbasis über das solidarische System an. Es stehen weniger Arbeitskräfte zur Verfügung. Das Überdenken von Versorgungsstrukturen und die Ausweitung von Kooperationen und neuen ambulanten Angebotsformen wird eine Herausforderung der Zukunft sein. Es ist nicht nur eine Frage der Wirtschaftlichkeit, sondern auch eine Frage der Unterstützung einer zielgerichteten Versorgung der Menschen vor Ort. Für eine regionale Grund-, Regel- und Schwerpunktversorgung müssen beide Häuser in Rotenburg erhalten bleiben. Eine Kooperation der beiden Häuser ist die Grundlage für eine gute Versorgungsstruktur und dafür, dass die Patientinnen und Patienten auch künftig in der Region eine leistungsstarke Medizin vorfinden werden.“





## Mit Charme und Engagement für die Region

SPD-Direktkandidatin Karina Fissmann spricht über ihre Ziele

**ROTENBURG.** „Die Zukunft unserer Region hängt von der Landtagswahl am 28. Oktober 2018 ab. 19 Jahre lang wurde der ländliche Raum durch die Landesregierung vernachlässigt.“ Im Pressegespräch hat die SPD-Landtagskandidatin Karina Fissmann über ihre Ziele und die geplanten Aktivitäten gesprochen. „Ich will eine Stimme für die Region und für Rotenburg sein und dafür sorgen, dass Thorsten Schäfer-Gümbel Ministerpräsident wird“, sagt die sympathische 31-jährige Diplom-Verwaltungswirtin aus dem Ringgauer Ortsteil Datterode.

„Wenn die SPD in Hessen Regierungsverantwortung übernimmt, werden unsere Dörfer und Städte in der Region nicht weiter abgehängt. Ich möchte diejenige sein, die unsere Region und deren Interessen auf Landesebene vertritt.“ Die 31-jährige bewirbt sich als Direktkandidatin für den Wahlkreis Rotenburg (10).

### Bildungsgerechtigkeit und die Entwicklung des ländlichen Raumes

Karina Fissmann hat die wichtigsten Zukunftsthemen bereits abgesteckt: es geht ihr um Bildungsgerechtigkeit von Anfang

an und die Entwicklung des ländlichen Raumes mit all seinen Facetten.

Das geplante Familienzentrum in Rotenburg; die Verbindung aus Kindergarten und Angeboten für alle Bürgerinnen und Bürger Rotenburgs hält sie für eine gute Sache. „Wir stehen für eine wirkliche Abschaffung der Kitagebühren - deutliche Qualitätsverbesserung und eine bessere Landesfinanzierung. Wir kümmern uns um gleiche Bildungschancen für alle: für Kinder, Eltern, Jugendliche, Gesellinnen und Gesellen, aber auch für Erwachsene, die mit der technologischen Verände-

rung im Berufsleben Schritt halten müssen“, bringt es Karina Fissmann auf den Punkt.

Zur Entwicklung des ländlichen Raumes gehören für die Kandidatin neue Formen der Mobilität, den Breitbandausbau bis in jedes Dorf, um den infrastrukturellen Ausbau und darum, dass keine Stadt und kein Dorf vom öffentlichen Nahverkehr abgehängt werden darf. Es geht auch darum, sich weiter für die Ortsumgebung Lisperhausen und die 3. Fuldastraße einzusetzen. „Die Landesregierung hat die Projekte wohl schon abgeschrieben- die Bevölkerung aber nicht!“

### Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum

„Der Landärztemangel ist eine der größten Sorgen in unserer Region, insbesondere bei der älteren Bevölkerung“, so Karina Fissmann. Das Land Hessen verweise oft auf die Kassenärztliche Vereinigung. „Vergessen wird dabei, dass die Landesregierung nie die Initiative ergriffen hat, die Problematik gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung anzugehen und Lösungen herbeizuführen. Die CDU hat 19 Jahre lang der Entwicklung tatenlos zugesehen und dabei in Kauf genommen, dass Dörfer von der ärztlichen Versorgung abgehängt werden. Gesundheitsversorgung ist Daseinsvorsorge und darf nicht davon abhängen, ob ich auf dem Dorf oder in der Großstadt wohne!“, betont Karina Fissmann. Für die regionale Gesundheitsversorgung sind das HKZ und das Kreiskrankenhaus als ein wesentlicher Bestandteil nicht mehr wegzudenken, resümiert die SPD Landtagskandidatin Karina Fissmann

### Straßenausbaubeiträge

Zum Thema Straßenausbaubeiträge hat sie eine klare Meinung: die Kommunen sind entsprechend ihrer Straßenbeitragsatzung gezwungen, im Falle eines ‚grundhaften‘ Straßenausbaus Straßenausbaubeiträge zur Finanzierung der Baumaßnahme zu erheben. Dies führt immer wieder zu sehr großen finanziellen Belastungen der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere für große Grundstücke in unserer ländlich geprägten Region. Karina Fissmann hat sich als Ziel gesetzt, dass sie sich mit aller Kraft für ein „Straßenbeitragsfreies Hessen“ einsetzen wird. „Wir brauchen eine Lösung, die alle Beteiligten mittragen können - unabhängig davon,

ob ich in einer armen oder reichen Kommune wohne.“

### AfD und Demokratieverständnis

„Die Ergebnisse der Bundestagswahl haben gezeigt, dass auch im Landtagswahlkampf für Demokratie und Toleranz gekämpft werden muss“, erklärt sie. Die Ursache für den Erfolg der AfD sieht Fissmann darin, dass die Leute „die Nase voll haben von der Konsens-Einheitsbrei-Politik“. Die AfD biete einfache Antworten. „Das Wahlprogramm der SPD Hessen grenzt sich eindeutig ab von den Programmen anderer Parteien. Es geht um nichts weniger, als um die Zukunft des ländlichen Raumes. Was die CDU in 19 Jahren in der Regierung nicht geschafft hat, wird sie auch in den nächsten fünf Jahren nicht schaffen.“

„Wir brauchen Veränderung und keinen Stillstand! Wenn junge Familien in unserer Region eine Zukunft haben wollen, dann dürfen wir nicht von der Landesregierung zugunsten der Ballungsgebiete abgehängt werden“, so Karina Fissmann abschließend. (SbM, KaF)

### ZUR PERSON



Karina Fissmann ist 31 Jahre alt, Diplom-Verwaltungswirtin und arbeitet beim Regierungspräsidium in Kassel. Sie lebt gemeinsam mit ihrem Lebensgefährten und ihrem gemeinsamen 2-jährigen Sohn im Ringgauer Ortsteil Datterode.

Seit 2013 ist sie Vorsitzende der SPD Werra-Meißner und seit 2016 Kreistagsabgeordnete des Werra-Meißner-Kreises. In ihrer Freizeit geht sie gern mit ihrer Familie wandern.

## Maik Naumann ist neuer Juso-Vorsitzender

**ROTENBURG.** Maik Naumann ist der neue Vorsitzende der Rotenburger Jusos. Der 31-Jährige wurde kürzlich in der Mitgliederversammlung der SPD-Jugendorganisation als Nachfolger von Moritz Wenk gewählt, der künftig als Maik Naumanns Stellvertreter zur Verfügung stehen wird.

Der neue Juso-Chef ist Fachkraft für Abwassertechnik in Hessisch Lichtenau und macht sich unter anderem stark für die Themen Digitalisierung und Breitbandausbau, Arbeitsplätze im ländlichen Raum und eine Auffrischung der Beziehungen zwischen Gewerkschaften und der Sozialdemokratie.

Des Weiteren geht es Naumann und den Jusos darum, viele Jugendliche in Rotenburg und den Stadtteilen für

die Politik zu begeistern. „Auch bei der Landtagswahl im Oktober werden wir uns tatkräftig einmischen“, kündigte er an. Informationen: [www.facebook.com/Jusos-Rotenburg](https://www.facebook.com/Jusos-Rotenburg) (MaN)

### KOMMENTAR



Maik Naumann über aktuelle Ziele:

„Wir Rotenburger Jusos wollen die Bedingungen für junge Leute hier in unserer schönen Fachwerkstadt entscheidend verbessern, damit sie sich hier wohlfühlen und unserer Heimat treu bleiben.“



## Neues Familienzentrum bietet große Vielfalt

**ROTENBURG.** Kürzlich erfolgten die ersten Baggerarbeiten für das zukünftige Familienzentrum in Rotenburg. Das Konzept verspricht ein Erfolg zu werden. Die Kombination aus Kindergarten und Angeboten für alle Bürgerinnen und Bürger Rotenburgs bietet vielfältige Möglichkeiten.

Um dies zu verwirklichen nimmt die Stadt Rotenburg viel Geld in die Hand: 3,1 Millionen Euro sollen investiert werden. Im Erdgeschoss und im ersten Stock wird der Kindergarten mit einem großen Multifunktionsraum und Spielplatz hinter dem denkmalgeschützten Gebäude in der Weidenberggasse untergebracht. Im Werkraum im Keller können die Kinder basteln und werkeln. Weiterhin wird es unter anderem einen Musikraum, eine Bücherei und einen großen Frühstücksraum geben. Im Dachgeschoss sind die Räume

des Familienzentrums. Auch hier gibt es einen Multifunktionsraum für Gruppenveranstaltungen. Durch einen Fahrstuhl ist jedes Stockwerk gut erreichbar. Die Büroräume sollen für Beratungsgespräche zur Verfügung stehen.

Das Gesamtkonzept wird Rotenburg voranbringen. Es stellt eine zentrale Anlauf-

stelle für alle Bürgerinnen und Bürger Rotenburgs dar: Kindergartenkinder und Eltern sowie alle Einwohner, die Beratungsgespräche oder Gruppenangebote im Dachgeschoss wahrnehmen. Es ist auch ein weiterer Baustein, um Rotenburg als familienfreundliche Stadt voranzubringen. Das Familienzentrum ist ein guter Schritt für die Zukunft Rotenburgs. (CIR)





# Stadtentwicklung vor dem Hintergrund schwieriger Rahmenbedingungen

**ROTENBURG.** Eine umfassende Stadtentwicklung hat das Ziel, die Attraktivität Rotenburgs als Wohn-, Arbeits- und Wirtschaftsstandort zu steigern und damit die Lebensqualität für alle Bürger zu erhalten bzw. zu verbessern. Dabei ist das maximal Machbare auch wesentlich abhängig von den örtlichen Gegebenheiten.

Darum muss man das tatsächlich Machbare unter folgenden Aspekten beurteilen:

- örtliche Wirtschafts- und Infrastruktur
- attraktives und bezahlbares Wohnangebot
- Kindergarten- und Schulangebot
- örtliche Gesundheitsversorgung

Die Wirtschaftsstruktur Rotenburgs wird geleitet von den Gesundheits- und Bildungseinrichtungen. Sie stellen eine große Zahl von Arbeitsplätzen zur Verfügung und leisten damit einen Beitrag zur Einwohner- und Kaufkraftentwicklung. Leider zahlen sie keine Gewerbesteuer und beteiligen sich damit nicht an der Finanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Wegen des unterdurchschnittlichen Anteils produzierenden Gewerbes fehlt der Stadt Rotenburg ein entsprechendes Gewerbesteueraufkommen, das den haushaltspolitischen Spielraum erhöhen könnte. Ursache sind die Standortnachteile, insbesondere das begrenzte Angebot geeigneter Gewerbeflächen und die Verkehrsinfrastrukturnachteile für beispielsweise produzierende mittelständische Unternehmen. Mit Blick auf mögliche Neuansiedlungen ist unter anderem der Bau einer dritten Fuldaer Brücke absolut notwendig. Neuansiedlungen könnten sich möglicherweise durch die Chancen der Digitalisierung ergeben.

Die Lage im Einzelhandel in Rotenburg ist gekennzeichnet durch die zahlreichen Leerstände. Dies werden insbesondere verursacht durch den Online Handel sowie die Konkurrenzsituation durch Bebra und Bad Hersfeld, die über ein attraktives und umfassendes Einzelhandelsangebot verfügen. Eine Belebung des Einzelhandels in Rotenburg erfordert u.a. erhebliche Investitionen in attraktive Verkaufsflächen, um ein attraktives Produktangebot zu präsentieren. Der Rotenburger Einzelhandel hat darüber hinaus in den vergangenen Jahren die Umsatzchancen aus dem digitalen Vertrieb nicht erkannt und für sich nutzen können. So wurde ein vom Verein Gemeinsam in Rotenburg e.V. in 2015 entwickeltes Unterstützungsangebot

zur Begleitung des Rotenburger Einzelhandels in die digitale Welt nicht angenommen. Auch eine kürzlich von der Marketing- und Entwicklungsgesellschaft Rotenburg (MER) angelegte Initiative zur Belebung des Einzelhandels im Steinweg ist trotz möglicher Fördermöglichkeiten aufgrund eines Desinteresses der Eigentümer gescheitert. Vor diesem Hintergrund ist die vom Aufsichtsrat der MER vorgeschlagene Gestaltung des Steinwegs als Verweilmeile die einzig verbliebene sinnvolle Maßnahme zur Belebung des Steinwegs. Ein solcher Vorschlag, den die SPD-Fraktion bereits vor Jahren ins Spiel gebracht hatte – wurde durch die damalige CDU-Fraktion abgelehnt. Ob sich vor dem Hintergrund der beschriebenen schwierigen Ausgangslage in Rotenburg und der generellen Herausforderungen im Einzelhandel, insbesondere in Form der digitalen Vertriebswege (Beispiel Amazon), potenzielle Interessenten bzw. Investoren für eine Wiederbelebung des Einzelhandels finden, ist fraglich. Unter diesem Blickwinkel muss auch eine mögliche bauliche Nutzung des Parkplatzes Altes Amtsgericht äußerst sorgfältig analysiert werden. Eine Belebung des Einzelhandels bleibt schwierig.

Positive und schnell umsetzbare Impulse auf die Wirtschaftskraft und Stadtentwicklung können durch den Tourismus entstehen. Dies zeigt die Entwicklung der vergangenen Jahre. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Bildungseinrichtungen wesentlich zu den Übernachtungszahlen beitragen. Gleichwohl gibt es auch im Tourismus-Bereich noch Handlungsbedarf, denn es fehlen die so genannten Alleinstellungsmerkmale. Punkten kann Rotenburg mit der Landschaft. Wenn in diesem Zusammenhang Rotenburg neben dem Rad- und Flusstourismus für Wanderer attraktiv gemacht werden soll, müssen verstärkte Anstrengungen in die Pflege und Beschilderung der Wanderwege unternommen werden. Als Vorbild könnten die „Premiumpfadwege“ im Werra-Meißner-Kreis dienen. Von einem Tourismusschub könnte dann auch der Einzelhandel und das Hotel- und Gaststättengewerbe profitieren. Ob diese Entwicklung allerdings die Wirtschaftskraft steigert, die sich letztlich in einem zusätzlichen Arbeitsplatzangebot und einem erhöhten Gewerbesteueraufkommen spiegelt, bleibt abzuwarten.

Rotenburg verfügt über ein ausreichendes und noch bezahlbares Wohnangebot. Ähnliches gilt auch für die Ausstattung mit Kindergärten



und Schulen. Die medizinische Versorgung ist mit dem Krankenhaus, HKZ und Ärzten gewährleistet. Ziel muss sein, dies auch in Zukunft zu erhalten bzw. weiter zu entwickeln.

Fazit: die örtlichen Bedingungen grenzen die Stadtentwicklungsmöglichkeiten ein. Hier verfügen benachbarte Städte über „naturegegebene“ Vorteile und können daher auch nicht als Vergleichsmaßstab herangezogen werden.

Die Stadt Rotenburg muss sich bei der Ausgestaltung der Stadtentwicklung auf die vorhandenen Stärken konzentrieren. Dabei muss die Tourismusbranche einen Schwerpunkt bilden.

Positiv auswirken auf die Stadtentwicklung und Tourismusattraktivität wird sich sicherlich die Umsetzung von Projekten und Maßnahmen, die aus dem Stadtumbauprogramm Hessen finanziert werden sollen.

## Claudia Reiners ist neue ASF-Vorsitzende

**ROTENBURG.** Claudia Reiners wurde während der Unterbezirkskonferenz zur neuen ASF-Vorsitzenden gewählt. Ihre Stellvertreterinnen sind Tanja Hartdegen und Andrea Dettlaff. Schriftführerin ist Sigrid Sauer. Zusammen führen sie die Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratischen Frauen im Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg. Am 12. November 1918 wurde in Deutschland das Wahlrecht für Frauen eingeführt. Dies ist zwar inzwischen Selbstverständlichkeit, dennoch sind Frauen in vielen Bereichen

Die Initiierung und Umsetzung erfolgreicher Stadtentwicklungsmaßnahmen aufgrund der nicht ganz einfachen Ausgangssituation benötigt eine effiziente Organisation. Die Gründung der MER (Marketing- und Entwicklungsgesellschaft Rotenburg a.d.Fulda mbh) war daher eine richtige und zukunftsweisende Entscheidung. (WoB)

### KOMMENTAR

**Wolfgang Bodenstein**  
zur Stadtentwicklung:



„Die Stadtentwicklungsmöglichkeiten Rotenburgs werden von den gegebenen örtlichen Rahmenbedingungen begrenzt. Bei der Entwicklung zielführender Strategien muss sich Rotenburg auf die vorhandenen Stärken konzentrieren. Ein Schwerpunkt könnte in einer Tourismusintensivierung liegen.“

noch immer benachteiligt. Diese Probleme anzusprechen und durch die Arbeit in der SPD zu beheben, ist Ziel der ASF, auch in unserem Unterbezirk. Dies geht jedoch nur durch eine gute Zusammenarbeit. (CIR)



# Hessenkasse — wer bezahlt die eigentlich?

**ROTENBURG.** Mit großem Medien-Rummel hat sich die Hessische Landesregierung im vergangenen Sommer mit dem Programm „Hessenkasse“ gefeiert. Der Finanzminister verkündete vollmundig einen Neustart vor allem für die verschuldeten Kommunen. Um was geht es bei der Hessenkasse? Kassenkredite einer Kommune werden zu einem Stichtag vom Land komplett übernommen. Kassenkredite: das sind kurzfristige Schulden, die ausschließlich zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsengpässe aufgenommen werden sollten. Leider sind sie mancherorts zu einer Dauerfinanzierungsquelle für Haushaltsdefizite geworden. Auch die Stadt Rotenburg hatte das Problem, sodass Ende 2012 noch Kassenkredite in Höhe von 27,4 Mio. Euro zur Disposition standen. Dank des Schutzschirmvertrags mit dem Land, der Niedrigzinsphase, der ausgezeichneten konjunkturellen Lage und der massiven Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger durch Erhöhung der Kommunalsteuern wurde dieser Betrag wesentlich reduziert. Zum Stichtag 30. Juni 2018 haben wir nur noch 6,8 Mio Euro an Kassenkrediten.

Ab diesem Zeitpunkt schließen wir uns der Hessenkasse an. Jede Kommune muss dann 25€/Jahr und Einwohner zurückerzahlen. Das ergibt bei 14 200 Einwohnern in Rotenburg 360 000 Euro. Das Land wird alle Kassenkredite ablösen und seinerseits die Hälfte der 6,8 Mio über Darlehn abtragen, sodass Rotenburg bei dem vg. Restkredit in gut 9 Jahren mit der Abzahlung fertig ist.

Das ist eine positive Maßnahme zur weiteren Schuldenreduzierung der Stadt. Denn auch die Risiken bei zu erwartenden Zinserhöhungen sind damit beseitigt. Allerdings lohnt sich ein Blick in die Vertragsmodalitäten mit dem Land. Denn wie schon

bei anderen Programmen des Landes wird schnell deutlich, dass diese „Wohltaten“ zum größten Teil durch die Kommunen selbst bzw. den Bund aufgebracht werden.

Der Hessische Städte- und Gemeindebund beklagte daher auch zu Recht, dass das Programm im Wesentlichen nur über den Landeshaushalt abgewickelt, aber nur 20 Prozent maximal aus dem Landeshaushalt aufgebracht wird. Neben dem unmittelbaren Beitrag der Kommunen wird ein wesentlicher Teil der Finanzierung über den erhöhten Anteil der Gewerbesteuerumlagen erfolgen. Diesen „kassierte“ das Land von den Gemeinden für den Fonds Deutsche Einheit. Rund 60 Mio. jährlich für eine Maßnahme die eigentlich ausgelaufen ist. Fatal ist die Finanzierung auch für die Landkreise, denn das Land behält Bundesmittel, die eigentlich für die Integration von Flüchtlingen vorgesehen sind, ein.



Die Folgen: steigende Sozialausgaben der Landkreise und für die Kommunen möglicherweise ein Anstieg der Kreisumlage. Das Land Hessen lässt sich mal wieder für etwas feiern, das durch die Kommunen und den Bund finanziert wird. (ReW)

### KOMMENTAR

**Reiner Wollrath**  
zum Thema Hessenkasse:



Neue „Mogelpackung“ — „Das Land lässt sich wieder für etwas feiern, dass durch die Kommunen und den Bund finanziert wird.“

## Impressum

**Herausgeber** SPD Rotenburg an der Fulda  
Am Rainchen 15  
36199 Rotenburg a. d. Fulda

**Redaktion** Sebastian Münscher (v.i.S.d.P.),  
Claudia Reiners, Reiner Wollrath,  
Klaus Troch, Wolfgang Bodenstein,  
Susanne Kanngieser

**Satz & Layout** Fachwerk Studios, Rotenburg  
**Druck** Zeitungsdruck Dierichs, Kassel

**Auflage** 7.500 Exemplare

[www.spd-rotenburg-an-der-fulda.de](http://www.spd-rotenburg-an-der-fulda.de)